

Eingang: 13.09.2018, 14.05 Uhr

NR 652

12.09.2018

**Gemeinsamer Antrag
der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN**

Studie zur „Arisierung“ von Grundstücken und Immobilien in Frankfurt

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Studie vorzubereiten, in der die historische Rolle der Stadt Frankfurt und ihrer kommunalen Behörden im Rahmen der „Arisierung“ jüdischer Grundstücke und Immobilien aufgearbeitet wird.

Begründung:

Der Historiker Dieter Wesp ist bei Recherchen im Stadtarchiv auf eine Liste aus dem Jahre 1945 gestoßen, in der das Bauamt 170 Objekte aufführte, die in der Zeit des Nationalsozialismus „arisiert“ wurden (Miersch-Liste). Die Gesamtfläche der „arisierten“ Objekte umfasst eine Fläche in der Größe der vormaligen Altstadt innerhalb der Stadtmauern. Ein Beispiel für eine „Arisierungsmaßnahme“ ist das Wohnhaus der Familie Beit von Speyer (heute Villa Kennedy) mit dem dazugehörigen Grundstück von 8.600 Quadratmetern. Das Objekt wurde für 137.000 Reichsmark von der Stadt Frankfurt im Rahmen der „Arisierungen“ in der NS-Zeit gekauft. 1948 erhielten die Nachkommen eine Entschädigung von 150.000 DM. Im Jahr 2000 wurde das Objekt für 18 Millionen Euro an einen privaten Investor verkauft. Damit fiel der „Arisierungsgewinn“ an die Stadt Frankfurt.

K - StR Dr. Ina Hartwig
H

Die Stadt Frankfurt hat sich intensiv durch zahlreiche Projekte und Forschungsarbeiten mit der eigenen Geschichte zur Zeit des Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts und Inhaberin des Holocaust-Lehrstuhls an der Goethe-Universität, hat zurecht darauf hingewiesen, dass bei der Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung während der NS-Zeit die Rolle der kommunalen Behörden stärker in den Blick genommen werden müsse. Das Fritz-Bauer-Institut hat sich dem Thema mit der Tagung „‘Arisierung‘ von Wohneigentum durch die Stadt Frankfurt am Main zwischen 1933 und 1945“ am 5. Februar 2018 bereits angenommen, eine wissenschaftliche Aufarbeitung in Form einer Studie über die „Arisierung“ jüdischer Grundstücke und Immobilien in Frankfurt steht jedoch noch aus. Die Vorsitzende des Fördervereins Fritz-Bauer-Institut e.V., Jutta Ebeling, hat in der FAZ vom 6. Februar 2018 darauf hingewiesen, dass das Geld für die Forschung aus den „Arisierungsgewinnen“ kommen solle.

CDU-Fraktion

Michael zu Löwenstein
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion

Ursula Busch
Fraktionsvorsitzende

DIE GRÜNEN im Römer

Manuel Stock
Fraktionsvorsitzender